

Antrag auf Verlängerung der Bestätigung oder erneute Bestätigung von Diplom- oder Master- PsychologInnen zur Durchführung der verkehrspsychologischen Beratung

nach § 2a Absatz 7 StVG entsprechend dem § 71 Absatz 2 FeV durch die
Sektion Verkehrspsychologie im BDP e.V.
[Verlängerungsantrag VPB]

Mit diesem Antrag können alle von der Sektion Verkehrspsychologie in der Vergangenheit bestätigten Verkehrspsychologischen BeraterInnen gemäß §71 FeV eine Verlängerung ihrer Bestätigung für die folgenden 5 Jahre beantragen. Nach Eingang Ihres Antrags bei der Deutschen Psychologen Akademie erhalten Sie eine Eingangsbestätigung und eine Zahlungsaufforderung über das Entgelt für die Bearbeitung. Ihr Antrag wird bearbeitet, sobald die Zahlung bei der Deutschen Psychologen Akademie eingegangen ist.

1. Allgemeine Daten

Anrede: Frau Herr keine Anrede

Titel:	
Vorname:	
Name:	
Geburtsdatum:	
Straße, Hausnummer: PLZ, Ort:	
Telefon:	
E-Mail:	
Sind Sie BDP-Mitglied?	Ja <input type="checkbox"/> Meine Mitgliedsnummer: _____ Nein <input type="checkbox"/>

2. Eidesstattliche Erklärung

- Ich versichere hiermit die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag und bestätige dies mit meiner Unterschrift unter den Erklärungen/Angaben.

2.1 Berufsethische Erklärung

Erklärung zur Einhaltung der Berufsethischen Richtlinien des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie e.V. (DGPs)

Name, Vorname

Ich habe die Berufsethischen Richtlinien des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) zur Kenntnis genommen und erkläre, dass ich mich bei meiner Tätigkeit nach diesen Berufsethischen Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung richte. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Ich erkläre mich zudem damit einverstanden, dass ggf. das Ehrengericht des BDP bezüglich meiner Tätigkeit als Verkehrspsychologischer Berater die Einhaltung der Berufsethischen Richtlinien überprüft. Mit dieser Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Ehrengerichts des BDP sind ggf. Sanktionen und Kosten verbunden. Sanktionen sind ggf. insbesondere die Aberkennung von Zertifikaten, eine Geldstrafe von bis zu 5.112,92 €, Verweis, Verwarnung oder ggf. der Ausschluss aus dem BDP. Kosten entstehen insbesondere im Falle einer Verurteilung durch das Ehrengericht. Das Nähere regelt die Ehrengerichtsordnung in der jeweils gültigen Fassung, die ich gelesen habe. Weitere Informationen zum Ehrengericht finden Sie [hier](#).

Ort, Datum

Unterschrift

2.1 Erklärung, nicht nach Methoden von L. Ron Hubbard zu arbeiten

Ich versichere, dass ich weder aktives noch passives Mitglied von „Scientology“ bzw. von mit „Scientology“ in Zusammenhang stehenden oder verbundenen Organisationen bzw. Tarnorganisationen von „Scientology“ bin. Ferner versichere ich, kein Anhänger dieser Organisation zu sein. Die Technologie von L. Ron Hubbard lehne ich ausdrücklich ab.

Ort, Datum

Unterschrift

3. Datenverarbeitung/Datenspeicherung

- Ich bin mit folgender Datenverarbeitung durch die Deutsche Psychologen Akademie GmbH, Am Köllnischen Park 2, 10179 Berlin (Datenschutzbeauftragter: Herr Walther M.Walther@bdp-verband.de) einverstanden:

Ihre an die Deutsche Psychologen Akademie übermittelten Angaben, also die hier gemachten Angaben sowie die anzufügenden Unterlagen werden von der Deutschen Psychologen Akademie zur Überprüfung der Voraussetzungen der Anerkennung bzw. deren Verlängerung verarbeitet. Sie werden für 10 Jahre aufbewahrt. Diese Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Anwendung der Bestätigungsbestimmungen und deren Überwachung, sowie im Falle einer Beschwerde durch eine betroffene Person zur Durchführung eines Ehrengerichtsverfahrens. Eine Weitergabe dieser Daten erfolgt nur, soweit dies nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen ist. Die Datenschutzregeln sind [hier](#) einsehbar.

Sie haben das Recht, Auskunft zu den der bei der Deutschen Psychologen Akademie über Sie gespeicherten Daten zu verlangen sowie bei Unrichtigkeit der Daten die Berichtigung oder bei unzulässiger Datenspeicherung die Löschung der Daten zu fordern. Ihnen steht des Weiteren ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu.

Ort, Datum

Unterschrift

4. Nachweise

Bitte fügen Sie die jeweils geforderten Nachweise (siehe folgende Tabelle) als Kopie dem Antrag bei.

Die Bringschuld obliegt dem/der Antragssteller/in. Bitte benennen Sie Ihre beigegeführten Anlagen.

Checkliste: Anerkennungsvoraussetzungen/Nachweise

Vorgaben gemäß §71/FeV und §2a/StVG		Nachweis mittels
§71 Absatz 2 Ziffern 1,2,3	Abschluss eines Hochschulstudiums als Diplom-Psychologe oder eines gleichwertigen Master-Abschlusses in Psychologie Verkehrspsychologische Ausbildung Erfahrungen in der Verkehrspsychologie	Vorlage der erstmaligen Anerkennung / Bestätigung nach § 71 FeV durch die Sektion Verkehrspsychologie <u>oder</u> der letztmaligen Verlängerung/Bestätigung
§71 Absatz 2 Ziffer 4 und Absatz 3	Teilnahme an einem vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen anerkannten Qualitätssicherungssystem	Vorlage des aktuell gültigen Zertifikats „Fachpsychologin/Fachpsychologe für Verkehrspsychologie im BDP“ <u>oder</u> der aktuell gültigen „Seminarerlaubnis Verkehrspsychologie“ entsprechend § 4a Abs. 4 StVG <u>oder</u> einer aussagekräftigen Eigenerklärung des Trägers des Qualitätssicherungssystems, an dem Sie aktuell teilnehmen
§2a/StVG Absatz 7	Persönliche Zuverlässigkeit	Verpflichtung auf die Berufsethischen Richtlinien des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen BDP e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie <u>und</u> Vorlage eines aktuellen FAER-Auszuges mit max. 1 Punkt

Ort, Datum

Unterschrift